

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber P. Strauß), für die Schriftleitung verantwortlich H. D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 124

Neuenbürg, Dienstag den 1. Juni 1920

78. Jahrgang.

Die Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche breitet sich in ihrer bösartigen Form immer weiter aus und bedroht unsere sowie schon auf dem Höhepunkt angelangte Fleischversorgung mit dem vollständigen Zusammenbruch, sobald man in ganz kurzer Zeit Fleisch nur noch vom Hörsenbogen kennen wird. Dies würde in viel geringerer Weise der Fall sein, als es notwendig ist, wenn an maßgebender Stelle die durch die Seuche geschaffenen Umstände richtig erkannt würden. Daß aber das Gegenteil von dem der Fall ist, davon könnte sich eine Abordnung aus dem Bezirk Halle unter Führung des Amtmanns Fahr beim Ernährungsministerium und dem Ministerium des Innern überzeugen. Man sollte bei der schlechten Ernährungslage der Meinung sein, daß namentlich beim Ernährungsministerium alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, daß von dem durch die Seuche mit dem Tode bedrohten Vieh noch möglichst viel, in für die Menschen noch genießbarer Güte, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wird. Seither hatte die Fleischversorgung unter Aufwendung erheblicher Mittel das notgeschickte Vieh restlos übernommen, ist aber nun, wie es den Anschein hat, bereits am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Ähnlich soll, wie der Abordnung von dem Referenten des Ministeriums des Innern gesagt wurde, die Entschädigung des in Schaden gekommenen Landwirts und Viehhalters, ausschließlich nach dem Viehseuchengesetz erfolgen, d. h. alles Rindvieh, für das eine Entschädigung aus der Zentralkasse der Viehhalter beantragt wird, muß verendet sein. Ueber das zu rechter Zeit noch abgestorbene Vieh wird sich das Ministerium des Innern bezüglich der Entschädigung wohl in einer demnächst ergehenden Verfügung noch aussprechen, von deren Inhalt, soweit bekannt ist, daß noch rechtzeitig abgestorbene Vieh bedeutend schlechter vergütet werden wird als verendetes. Um eine Entschädigung zu erlangen, muß nach Ansicht des ministeriellen Sachverständigen, das Vieh an der Maul- und Klauenseuche gestorben sein, oder, wie die Ministerialverordnung vom 5. Juni 1919 auspricht, die Maul- und Klauenseuche den Tod des getriebenen Tieres verursacht haben. Ein Stiel Vieh, das so rechtzeitig noch abgetötet wird, daß es sich noch vollständig ausblutet, gilt nicht als gefallenes, 1. wenn der Tod angeblich durch das Messer herbeigeführt wird und weil 2. das Ministerium glaubt, daß bei einer höheren Entschädigung, wie sie durch rechtzeitige Rosschlachtungen erreicht werden sollte, dem Landwirt das Messer so locker in der Hand liegt. Diese merkwürdigen Ansichten vermöchte die Abordnung weder dem Ernährungsminister noch dem Berichterstatter des Ministeriums auszusprechen, trotzdem neben drei Ortsvorstehern sich zwei politische Landwirte bei dieser Besprechung, die die Seuche in schwerster Form angedeutet hatten. Es sei, wurde der Abordnung erläutert, auch keinem Tierarzt möglich, festzustellen, ob ein an Herzkrämpfen begonnener Herdschlag umgewandeltes Stiel Vieh das Leben durchtreibe oder ob es eingehe. Durch zu rasches Beiderhandeln mit dem Schlachtmesser sei schon manches Stiel Vieh unnötig ins Verderben befördert worden. Es bilde in gesundheitlicher Beziehung keinerlei Unterschied, ob das Vieh sich durch Abschneiden der Hauptschlagader an letzten Augenblick noch ausblute, oder ob nach vollständigem eingetretenen Tod sofort die Eingeweide herausgenommen werden. Wenn der Landwirt das Eingeweide sofort herausnimmt, soll er eine Entschädigung (Bedante) von 50 Mark erhalten für jedes Stiel geschlachtete Vieh. Und wenn er letzteres nicht tut, dann geht auch das nicht rechtzeitig ausgeweidete Vieh, falls die Ansicht des ministeriellen Berichterstatters und Sachverständigen überhaupt richtig ist, der menschlichen Ernährung verloren, wobei eine Unterlage, ob ungeschlachtetes Fleisch in genießbarem Zustand am Orte des Verbrauchs ankommt, ruhig dem tausenden Publikum überlassen werden muß bezug, dem zuständigen Fleischbeschauer. Die Abordnung gewann den Eindruck, daß die maßgebenden Stellen von der Liebe des Landwirts zu seinem Vieh keine Ahnung haben, sonst müßten sie überzeugt sein, daß er erst dann zum Messer greift, wenn er sieht, daß keine Rettung mehr zu erwarten ist und manchmal, um das Tier von seinen Qualen zu erlösen. Er glaubte, daß mit dem Verenden eines Tieres, dessen Genussschicklichkeit für den Menschen beendet sei und glaubte, das Fleisch davon zu müssen und muß nun hören, daß er nur für verendetes Vieh noch der angegebenen Ministerialverordnung ordnungsmäßig entschädigt werden kann. Das Verhalten des Ministeriums des Innern auf den bestehenden Befehlen und Verfügungen konnte zu meinen Friedenszeiten verstanden werden, nicht aber kann dies verstanden werden in einer Zeit, in der ein großer Teil des Volkes am Hungerstich nagt und froh wäre, halbwegs genießbares Fleisch zu bekommen von rechtzeitig notgeschlachteten und nicht von verendetem, im unmittelbaren Anschluß an den Tod ausgeweideten und möglichst ungeschlachteten Vieh.

Die Abordnung glaubt, daß auf die letztere Art und Weise gewonnenes Fleisch bis es an Ort und Stelle kommt, so stark, wie die Tiermehlfabrik in Sulzdorf, ORL. Hall. In dieser können täglich bis zu 30 Tieren verarbeitet werden, während der tägliche Anfall durchschnittlich 40 Leiden beträgt, jedoch in letzterer Zeit eine ganze Anzahl vollständig in Verzweiflung übergegangene Tiere, bestehend aus einer blauen, brüchigen Hautschicht und Knochen von Wärmern und Käfern, neben der Tiermehlfabrik verrotten mußten, nachdem sie zuvor einen pestilenzartigen Gestank in der näheren und weiteren Umgebung von Sulzdorf verbreitet hatten. Das Betreten der Fabrik erfordert für die höchsten Gesundheitsorgane mindestens Gasmasken. Wunder könnte es da nicht nehmen, wenn die Einwohner von Sulzdorf zur Selbsthilfe griffen und die sonst in Verbindung mit der Gasmaske aufgetragene Handbrille verworfen, um dem in der Tat gen Himmel schreienden Gestank eine Ende zu bereiten.

Nach die in dieser Richtung bestehenden unheimlichen Mängel brachte die Abordnung den maßgebenden Stellen zur Kenntnis,

es glaubt aber das Ministerium des Innern und mithin das Ernährungsministerium, das sich auf die Sachverständigen des Ministerialberichterstatters vollständig verläßt, daß in nächster Zeit weniger Leiden anfallen werden, wenn das verendete Vieh durch das sofortige Ausweiden der menschlichen Ernährung in den weitest möglichen Fällen noch zugeführt werden könne, da der Landwirt 50 Mark Prämie für das sofortige Ausweiden bekomme. Dadurch werde der Uebelstand bei der leuchtendsteckenden Tiermehlfabrik auch gleichzeitig behoben, also zwei Fliegen auf einen Schlag: weniger Tiere in Sulzdorf und mehr Fleisch auf der Freibank — von verendetem, ungeschlachtetem Vieh.

Die Abordnung war der Ansicht, daß in Zeiten der Not Ausnahmen notwendig sind und daß die Viehseuchengebühren zeitgemäß müßte geregelt werden, wobei für das Ernährungsministerium die Ernährungsfrage, d. h. die Fleischfrage, das Hauptgewicht darstellen muß, nicht wie es jetzt der Fall ist, die Leistungsfähigkeit der Zentralkasse der Viehhalter.

Zu den Landwirten, die von der Seuche verschont bleiben, darf man das Vertrauen haben, daß sie, falls es notwendig ist, ihren geschädigten Berufsorganen weitgehend unter die Arme greifen und auch eine nochmalige Erhöhung der Viehumlage mäßig auf sich nehmen. Es ist aber anzunehmen, daß bei gegenseitigem Einverständnis der maßgebenden Stellen für alle besser gefordert ist, als wenn der Buchstabe des Viehseuchengesetzes restlos aus dem i-Tipfelden eingehalten wird, als ob sonst in letzter Zeit keine Gefährdung abgedehnt worden wäre.

Deutschland.

Karlsruhe, 31. Mai. Im Landtag haben die Arbeiterabgeordneten der Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Freiburg, Lörrach, Donaueschingen, Singen und Konstanz umgehend Betriebsräte für die dortigen Betriebe zu ernennen, in denen besonders Hochschullehrer und sonst geeignete Personen über die betriebsräteartigen Angelegenheiten Rat zu erteilen, um dadurch die Betriebsräte für ihre Mitarbeit im Gewerksleben auszubilden.

München, 29. Mai. Im überfälligen Zirkus Kromp sprach Reichstagsminister Müller über die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen. Der Reichstagsminister betonte vor allem, daß die Wehrheitsparteien es gewesen seien, die trotz aller Stürze von links und rechts stets den Gedanken der Demokratie hochgehalten haben. Die Wehrheitsparteien werden weiterhin der Stoßtrupp der Einheit sein.

Frankfurt a. O., 29. Mai. Wie dem „Volksfreund“ aus sicherer militärischer Quelle mitgeteilt wird, beschließen die Deutsch-Nationalen am 5. oder 6. einen großen Schlag zum Sturz der Republik und zur Verhinderung der Wahlen zu führen. Der Ausgangspunkt für den Osten liegt unweit Frankfurt a. O. Die Führung liegt in den Händen von vier Generälen. Die Einnahme von Berlin soll von Vorposten aus erfolgen. Als Operationsbasis ist Großsiedel in Aussicht genommen. Die Niederwerfung von Niederdeutschland wird von Hannover aus in 2. Welle geleitet. Für den Bezirk Frankfurt a. O. stehen 2000 Offiziere in Mannschafteinheit zur Verfügung, die als Stoßtruppen in hervorragendem Maße mit Maschinengewehren und mit Granaten ausgerüstet sind. (Wie sehen an diese Meldung ein großes Fragezeichen und sehen sie eher als Wahlmanöver an. E. H. 1.)

Königsberg, 31. Mai. Infolge der durch das Rührtrüben der Bolschewistenarmee auf der Linie Wilna-Minsk eingetretenen Bedrohung Ostpreußens sind vom Stabe des Reichs in Ostpreußen umfassende militärische Sicherungsmaßnahmen in Ostpreußen angeordnet worden. Die Provinz Ostpreußen ist seit Freitag abgegrenzt.

Ein deutsches Franzosenurteil.

Das Saarländer französische Kriegsgericht hat den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“, Jakob Scherer, wegen Beleidigung des französischen Militärs zu einem Jahr Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt. — Wie die „Volksstimme“ schreibt, ist nicht einmal der Rechtsbeistand Scherers von der Anklage der Beleidigung unterrichtet worden. — Scherer ist seit längerer Zeit flüchtig.

Millionsverluste im rheinischen Industriebezirk.

Berlin, 29. Mai. Großes Aufsehen erregt im rheinischen Industriebezirk die Ausbeutung von Millionenverlusten mit Belgien, Dänemark und Ostpreußen, an denen große Schäden aus Bochum, Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Köln usw. beklagt sind. Bis jetzt wurden 10 Personen verhaftet. Es soll sich um eine Schiebergesellschaft handeln, die über das ganze Industriegebiet verstreut war und schon seit längerer Zeit große Mengen Benzol, Benzin und Gummi im Werte von Millionen aus dem besetzten Gebiet in das rheinisch-westfälische Industriegebiet verschoben hat. Nach der „Westfälischen Zeitung“ sind in diese Angelegenheit auch Beamte aus Berliner Reichsstellen verwickelt, mit deren Hilfe es den Schiebern gelang, ungeheure Gewinne einzufahren. Die jetzt in Papierform in einzelnen Fällen mit Beschlagnahmungen bis 10 000 Mark bestraft worden sind.

Wie sie aus auslangen.

General Koller, der Vorsitzende der Entenkontrollkommission in Deutschland, die über 2000 Offiziere und Mannschaften umfaßt, hat auf eigene Faust sein eigenes und die Gehälter der ihm unterstellten Offiziere um über 50 Prozent erhöht. General Koller zieht somit monatlich über 28 500 Mark, statt wie bisher 19 000 Mark. Ein zweimonatiges Gehalt des Generals entspricht somit dem Jahresgehalt eines deutschen Reichsministers. Bekanntlich muß Deutschland auch noch die Kosten des Besatzungsheeres, die täglich auf 10 Millionen sich belaufen, tragen.

Ausland.

In Frankreich kommt man zur Einsicht.

Genf, 31. Mai. Die Sitzung der französischen Kammer vom 28. Mai war der Frage der endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsschuldung gewidmet. Millerand hat in seiner Erwiderung auf die Angriffe der Anhänger Clemenceaus eine offene Kritik des Versailler Vertrages geübt, aber festgestellt, Frankreich werde wahrscheinlich niemals einen Gentine erhalten, wenn es sich an den Wortlaut des Friedensvertrages klammern würde und an die Auslegung, die Clemenceau selbst diesem Wortlaut gegeben habe. Der linkssozialistische Spaner „Progres“ sagt u. a.: Clemenceau habe Frankreich einen sehr schlechten Dienst erwiesen, als er sich während der Friedensverhandlungen hartnäckig bemühte, die 14 Punkte Wilsons zu Fall zu bringen. Wilson stellte den Grundgedanken auf, daß die Sieger nur den Anspruch auf Ertrag des schließlichen Kriegsschuldung haben sollen. Hätte Clemenceau diesen Gesichtspunkt angenommen, so hätten nur Frankreich und Belgien ausschließlichen Anspruch auf Entschädigung gehabt. Die Forderungen Frankreichs hätten in Übereinstimmung gebracht werden sollen mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Clemenceau habe jedoch Widerstand gegen diese von Wilson vorgeschlagene einschränkende Form erhoben.

Hilf für Deutschland.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der italienische Ministerpräsident Ritti nach Versicherungen Wiener maßgebender Kreise die Konferenz in Spa zu einem sehr energiegelassen Vorstoß zu Gunsten Deutschlands bewegen. Er will beantragen, daß die ersten internationalen Kredite Deutschland und Österreich gewährt werden, da man zuerst die Länder beruhigen müsse, in denen der Kommunismus durch die wirtschaftliche Notlage immer wieder ausbricht.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 31. Mai. Zwei parlamentarisch bewährte Kräfte waren es, welche am Sonntag Abend im „Bären“ in einer Wähler-Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprachen, um die Sache der Demokratie zu vertreten: Hr. Rathke Band, Stuttgart und Bern. Bruno Stadtmeyer, Calw, letzterer Kandidat für den 16. Wahlbezirk. Vom Vorsitzenden der Ortsgruppe, Oberamtspfleger Rabitz, begrüßt und eingeführt, erhielt zuerst das Wort Bruno Stadtmeyer, der nach einem Rückblick auf die Kriegsergebnisse und den damit in Verbindung stehenden Zusammenbruch mit seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen, die Bildung der neuen Staatsform, das Zustandekommen der Koalitionsregierung und deren Tätigkeit die neue Verfassung als die freieste der ganzen Welt bezeichnete insofern der Artikel 1 derselben ausführt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, nachdem der alte Staat beseitigt und der Volksstaat in seine Stelle getreten sei. Eingehend besprach Stadtmeyer darauf die Frage, was notwendig sei, um unser Volk politisch und wirtschaftlich aus dem furchtbaren Elend, in welchem es sich befindet, wieder heraus und hochzubringen. Um diese schwere Aufgabe zu lösen, müsse der nationale Streit im Volk und zwischen den Parteien aufhören. Jeder, der einer Partei sich zuwendet, müsse das Volksganze über das Parteinteresse stellen, die Standesunterschiede müssen schwinden, die besseren Stände dürfen sich nicht ins Herrenstübchen zurückziehen und davor zurücktreten, die schwebende Rechte des Handarbeiters zu ergreifen, diese hinwegzuwerfen dürfen nicht die geistigen Arbeiter gering achten, die zur Zeit zu den Vermittlern im Volk zählen. Das Einsehen der vollen Arbeitskraft aller Volksgenossen auf allen Gebieten müsse ernstlich durchgeführt werden, und äußerliche Sparmaßnahmen in der Verwaltung wie im Leben jedes Einzelnen müsse Platz greifen unter Verzicht auf die Vergnügungen des Lebens, dem unsere Jugend in blinder Leidenschaft fröhne, und die Bemühung, denn wir seien ein armes Volk geworden. Ein Ausgleich der Gegensätze unter Verzicht auf eine einseitige Interessenspolitik müsse herbeigeführt werden, ebenso hätten alle Parteien zur Erlangung politischer Rechtmäßigkeit zu unterbleiben. Oberstes Ziel aller müsse sein, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles auf friedlichem Wege herbeizuführen, der in seinen harten Bestimmungen unauflösbar für uns sei. Der Schwerpunkt unserer Verhältnisse läge auf wirtschaftlichem Gebiet. Drei Fragen seien es, welchen erhöhte Beachtung zuwenden sei: Die Agrarfrage, wie wir uns Rohstoffe beschaffen und wie wir uns aus dem finanziellen Elend herausbringen und unser Steuerwesen regeln. Der Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens müsse gepflegt, der Förderung landwirtschaftlicher Gütererzeugung erhöhte Interesse, namentlich seitens der Regierung, entgegengebracht, die Aufhebung der Zwangswirtschaft baldmöglichst in die Wege geleitet werden. Für Gewerbe und Handwerk müßten Rohstoffe beschafft werden, wo es möglich ist, große Gütererzeugung zu beschleunigen, hilflose Arbeit müsse einsehen, namentlich in den Berufen zur Förderung größerer Mengen von Kohle. Die Kriegsschulden in Berlin mit ihrem Anhang müßten schrittweise von der Bildfläche verschwinden. Die deutsche demokratische Partei habe sich in Land und Reichstag gegen jegliche Sozialisierung des Handwerks und Bauernstandes ausgesprochen, gegen das Sozial- und Budgetum müsse rücksichtslos vorgegangen werden. Wir haben über 200 Milliarden Schulden, davon 92 Milliarden Kriegsschulden, deren Wert infolge Kurssturz um ein Fünftel zurückging. Diese Schulden aus laufenden Steuern zu tilgen ist unmöglich, deshalb müssen die Kriegsgewinne hart erfaßt, neue Steuergesetze ausgearbeitet werden. Reichsminister, Reichsleiter, bedeutende Besteuerung des Einkommens müßten zur

Partei.
ung
1. Juni 1920.
ttgart.
änner u. Franz.
0. Mai 1920.
eise aufrichtiger
meines lieben
Schwiegervaters.
hermeister,
urden, spricht
rbliebenen:
Schlotterbed.
9. Mai 1920.
Teilnahme bei
lieben Tochter.
nd Geschwister:
Schwörter.
Neuenbürg
ins.
findet in der Nr.
sammlung
ist das Erschran
bringend erwünscht.
nd III. Mannschaf
schaft Fußballvere
steine,
diese
geirts-
Gleit-
weise.
Calw,
eschäft,
precher 146.
ut brennende
tende Ware.
22.— incl. Steuer.
26.—
32.—
Ja, gebeigt, garan-
tiert schimmelfrei
incl. Steuer.
— freo.
eislage 430.—
unter Nachnahme
Richtelshausen.

Schuldentilgung außerdem beitragen. 60-70% müssen von den großen Vermögern erfüllt werden. Der Mehrheitssozialdemokratie mühe man den Vorhalt machen, daß sie ihren Leuten vor dem Krieg das Paradies auf Erden versprochen und heute nicht imstande sei, dieses Versprechen einzulösen, was sehr viel zur Unzufriedenheit bei den Massen beitragen. Seine Partei sei eine solche des Mittelstandes; sie verfolge den Ausgleich der Gegensätze; sie sei eine wahrhaft demokratische Partei, ihr Bekenntnis zum Vaterland sei klipp und klar ausgesprochen. Hieder habe in Stuttgart gesagt, wir sind national, aber nicht nationalistisch, wir sind sozial, aber nicht sozialistisch. Unter keinen Umständen würden wir die Herrschaft einer Klasse; deshalb haben wir auch die Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt, wie wir jegliche Diktatur, ob nun von rechts oder links kommend, bekämpfen, sie wäre der Tod der bürgerlichen Freiheit. Die Vorwürfe, wir hätten nichts geleistet und uns gegenüber der Sozialdemokratie schwach und schlaff gezeigt, weisen wir entschieden zurück. Bei einer Koalitionsregierung dürfe keine Partei sagen mit dem Kopf voran die Hand und selbstschätige Pläne verfolgen; jede müsse nachgeben, um ein erfrischendes Arbeiten im nationalsozialistischen Sinne zu ermöglichen. Wir müßten bestrebt sein die Sozialdemokratie zurückzuführen von einer Verbindung mit den Unabhängigen, welche die Räteherrschaft einführen wollen. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, die Wählerchaft möge am 6. Juni ihrer Überzeugung dahin Ausdruck mit dem Stimmrecht geben, daß der Ausfall der Wahl die Zukunft des Vaterlandes klar stelle, daß nicht ein Extrem von rechts oder links komme, die Wählerchaft solle sich auf einer mittleren Linie finden und den Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei die Stimme geben, nur dann können wir in Ruhe und Ordnung die Dinge weiter führen. Beachte jede Wählerin und jeder Wähler den Sachverhalt: Das Vaterland über alles!

Reutenburg, 1. Juni. Die Badenverwaltung Widdob teilte uns mit: Nachdem der Herr Stadtschultheiß von Widdob die Streitfrage zwischen der Stadtverwaltung und der Badenverwaltung über das Recht auf Erhöhung der Kurtaxe und der Bodengebühren an die breite Öffentlichkeit zu bringen für gut befunden, sehen auch wir uns veranlaßt, die namentlich zu Ungunsten der Stadtverwaltung erfolgte Entscheidung des Ministeriums auf dem gleichen Wege der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben. Der Herr Finanzminister Viehsing hat jedoch den folgenden Bescheid dem Gemeinderat von Widdob zugehen lassen:

„Auf die Beschwerde gegen die erfolglose übermäßige Erhöhung der Kurtaxe, der Bäderpreise und der Bürgerbädergebühren und die Beschwerde gegen die Bau- und Bergdirektion, weil sie diese Maßnahmen ohne vorherige Anhörung der Stadtverwaltung und der Kurinteressenten, d. h. hinsichtlich der Kurtaxe ohne ausdrückliche Zustimmung des Gemeinderats, getroffen hat, erwidere ich dem Gemeinderat unter Bezugnahme auf den in Abschrift anliegenden Bericht der Bau- und Bergdirektion vom 20. d. M., daß ich nach Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse keinen Anlaß zu einer Änderung der getroffenen Verfügungen gefunden habe, da die Erhöhung der Kurtaxe, der Bäderpreise und der Bürgerbädergebühren durch die Steigerung aller Löhne und Preise bedingt und keineswegs als übermäßig bezeichnet werden kann und da die beantragte Festsetzung der Kurtaxe hinsichtlich der Kurtaxe nicht begründet ist.“ (gez.) Viehsing.

Reutenburg, 1. Juni. (Neue Reichsbrotmarken.) Die Erhöhungen des Papierpreises zwängen zu einer Beeinträchtigung und damit zu einer Neugestaltung der Reichsbrotmarken. Die neuen Marken sollen demnächst eingeführt werden. Die Gültigkeit der bisherigen Marken wird vorerst nicht berührt, alte und neue Marken werden nebeneinander gestattet werden. Der Zeitpunkt, an dem die jetzigen Marken außer Geltung gesetzt werden, wird amtlich noch bekanntgegeben.

Calmbach, 31. Mai. (Wärtl. Bürgerpartei.) In beinahe zweistündiger, haren und allgemein verständlicher Ausführungen sprach gestern Abend im Unterkauf Schürat Dr. Haller-Ludwigsberg über das Thema: „Was lehren uns die politischen Vorgänge der letzten Jahre?“ Als ersten Vorgang nannte er die Revolution eine große Torheit. Und die Ursache derselben? Manche sagen, sie sei durch den Kapitalismus verursacht worden. Aber in Amerika, Frankreich und England habe sich der Kapitalismus in weit größerem Maße entwickelt, und sie haben keine Revolution. Anderer geben die Schuld dem Kaiser. Aber wenn dieser auch manchen Fehler gemacht habe, so sei doch sein Wille, Deutschland groß und stark zu machen, nicht zu befehlen, und schließlich hat auch unser Vaterland unter seiner Regierung einen glänzenden Aufstieg genommen. Zudem seien nicht bloß der Kaiser, sondern sämtliche deutsche Fürsten gestürzt wor-

den. Wieder andere meinen, der Obrigkeitsstaat trage die Schuld. Allein Obrigkeit muß sein, ein Volk kann sich nicht selbst regieren, immer seien es nur einige, die herrschen, siehe Rußland! Daß der Krieg eingermessen schuld sei, könne man bejahen. Aber in der Hauptsache sei die Revolution gemacht worden, wie ja der Sozialist Vater sich ausdrücklich damit rühme. Die Revolution war ein Sieg des Sozialismus. Was hat sie aber uns gebracht? Statt Frieden die Fortsetzung des Krieges, nur mit anderen Mitteln. Statt Frieden im Innern haben sie die Klassenengegenseite in bedingtem Maße verschärfert. Statt Freiheit haben wir eine Pressefreiheit nur auf dem Papier, Belagerungszustand in verschiedenen Teilen des Reiches. Statt Brot haben wir Not an allen Ecken und Enden, namentlich in den großen Städten ist der Hunger nicht selten.

Als zweiten Punkt behandelte der gewandte Redner den Parlamentarismus. Derselbe habe vollständig verfallen. Schon drei Jahre habe er zeigen können, was er könne, aber schon die erste Tat, die Resolution vom 19. Juli 1917, sei eine Dummheit gewesen und habe den Feind zum Ausweichen erzwungen, namentlich als Erzberger den Geheimbericht des Grafen Czernin ausplauderte. Unter der Regierung des Prinzen Max von Baden habe das Gewissen um die Gunst des Präsidenten Willson an, der dann Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie mit seinen 14 Punkten gründlich einseitig. Unter der parlamentarischen Regierung rief auch die Korruption im deutschen Beamtenstand ein. Seither war das nicht der Fall gewesen, wir hätten die beste Beamtenhaft der Welt. Aber wenn Leute, wie Erzberger an der Spitze stehen, wenn der Beamte nicht nach Wissen und Können und nach reinem Charakter, sondern nach seiner Parteistellung bestellt wird, so ist es kein Wunder, wenn unanständige und unwillkürliche Elemente im Beamtenstand überhand nehmen. Das heißt man im neuen Deutschland: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ An die Beamtenkorruption schließt sich folgerichtig die Weiskorruption an. Die Regierung hat zehn Millionen Mark zur „Ausführung“ des Volkens bestimmt, d. h. aus Reichsmitteln soll dem Volke weisgegeben werden, daß im Reich alles gut steht, und daß man wieder Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie wählen soll. Das war früher unentbehrlich.

In der auswärtigen Politik war diese parlamentarische Regierung ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen. Andere Handlungen, unser Stolz und unsere Hoffnung, hat Erzberger geradezu vertrieben. Er meinte ja naiv, die Engländer werden sie wieder herausgeben. Wie jämmerlich haben sich unsere Vertreter bei den Friedensverhandlungen benommen. Die Feinde wollten im Ernst gar nicht so viel, als sie verlangten und waren ganz erlaunt, daß Deutschland so schnell unterzeichnete. Herr Tardieu, ein heroisches Mitglied der französischen Friedenskommission, gibt jetzt das ursprüngliche Programm bekannt. Darin heißt es: „Keine französische Besetzung deutschen Gebietes für länger als 18 Monate und keine auf dem rechten Rheingebirge.“ Keine Abtretung der Saargruben an Frankreich und kein Sonderregime für die Bevölkerung des Saargebietes. Jetzt haben wir statt 18 Monate 15 Jahre Besetzung des linken Rheingebirges und der rechtsrheinischen Brückenköpfe, z. B. Kehl. Die Saargruben haben wir unentgeltlich an Frankreich abgegeben und müssen sie später zurückkaufen, wenn wir das nötige Kleingeld zusammenbringen. Das Saargebiet steht 15 Jahre unter französischer Herrschaft. Aber nicht genug mit diesem Schandfrieden, gegen alles Völkerrecht marschieren die Franzosen in Frankreich u. a. ein und drangsalieren die Bewohner sechs Wochen lang. Unsere Regierung war ratlos, statt die diplomatischen Begleitungen abzubrechen und die weitere Befreiung an Vieh, Wärlingern usw. zu verweigern. Die Befreiung der deutschen Länder auf dem rechten Rheingebirge kostet uns jährlich 8 1/2 Milliarden Mark. Ueber den Rapp-Bußch, der keiner Partei angehängt werden könne, sagte der Redner, Rapp habe gar nichts unrechtes verlangt. Er fordere Neuwahlen im Mai, Wahl des Präsidenten durch das Volk, nicht durch die Nationalversammlung, Reichminister, alles Dinge, die verfassungsmäßig sind und jetzt erfüllt werden. Trotzdem werden er und seine Anhänger die Verbrecher verfolgt und ihr Vermögen beschlagnahmt, während die Revolutionäre im Ruhrgebiet, die unmäßige Morde und viele Millionen Sachschaden auf dem Gewissen haben, wie Gleichberechtigte behandelt werden. Aber „der Feind heißt rechts!“ heißt bei der Regierung, obwohl die Rechtsparolen nur auf verfassungsmäßigen Wege, nicht mit Gewalt bessere Zustände schaffen wollen. Und damit kam der Redner auf die Wirtschaft zu sprechen. Eine Folge derselben ist die Teuerung, die Geldentwertung, niedere Löhne. Unsere Produktion wird durch erschwert durch Abschaffung der Affordarbeit, Einführung des Achtstundentages, Sozialversicherung, Betriebsräte. Ein Beispiel ist Post u. Eisen-

bahn, die früher schöne Summen abwarfen, aber jetzt trotz unheimlicher Erhöhung der Frachten und Fahrpreise umgehende Milliarden verdrängen. Weiter geistelte der Redner die Schuldverschuldung. Vor dem Krieg hatten wir 4 1/2 Milliarden, dann 10, dann 100, jetzt 212 Milliarden Schulden. Die Verwaltung braucht im Frieden das mehrfache von dem, was man im Kriege ausgab. Der ordentliche jährliche Bedarf stieg von 28 Milliarden auf 45 bis 50 Milliarden Mark. Die Besteuerung wird eine enorme werden. Die Erzberger-Reform wird hauptsächlich keine Leute bringen, die von den Jähren leben müssen, von denen sie zehn weitere Prozente als Kapitalertragssteuer abgeben müssen. Und die Reform daraus? Wir brauchen eine andere, eine starke Regierung, die über den Parteien steht, eine nationale, eine sachkundige, vor allem auch eine reinliche Regierung, nicht wie die Erzberger-Regierung. Die russisch-asiatische Gefahr ist groß, die Bolschewisten werden Polen überflutend und an anderen Grenzen nicht halt machen. Die Arbeitsleistung muß gesteigert, die Arbeitslosenentlastung abgebaut werden. Eine Milliarde wurde schon für diese Zwecke ausgegeben. Die Affordarbeit muß wieder eingeführt werden. Wir müssen sparen. Die Zigaretten und die Schokolade müssen nicht mehr sein, denn sie kosten ein ungeheures Geld. Die Spigensinnjahre aus der Schweiz betrug seit dem Kriege 1 Milliarde Mark, den Engländern und Franzosen waren sie zu teuer. Gegenüber dem alles überflutenden Materialismus muß eine sinnvolle Erneuerung des Volkes einziehen; eine nationale Wiederbekehrung ist notwendig. Ein Hohn auf die nationale Wahrung war der berüchtigte Untersuchungsausschuß, wo Juden aus jüdischen Häusern wurden.

Herr Gewerkschaftsleiter Koppier dankte noch besonders dem Redner für seine geliebten Ausführungen und forderte in Anwesenheit auf, für die Bürgerpartei zu werben, namentlich an Wahltagen.

Engel-Schloß, 31. Mai. Ueber „Deutsche Demokratie in deutscher Zukunft“ sprach am Sonntag nachmittag Dr. Fritz Allen Gröfles wies der Redner hierbei auf die Gefahren, die der Staatsoberhaupt von der Bürgerpartei und der äußersten Rechten drohen, hin. Die überzeugenden trefflichen Ausführungen fanden bei der zahlreichen Versammlung gespannte Aufmerksamkeit zu großen Beifall.

Engel-Schloß, 31. Mai. (Bürgerpartei.) Die Witwe des im vergangenen Herbst verstorbenen Herrn Knobel vom Rögge hat ihr zu wachen an die Stadt zum Preis von 270.000 Mark verkauft. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, das ganze städtische Haus für Wohnungszwecke zu verwenden.

Engel-Schloß, 31. Mai. (Eine Erwiderung.) Herr Dr. Eisinger in Kiedrich schreibt: „Was ich in einer Versammlung in Kiedrich sagte, ist nicht richtig wiedergegeben. Ich habe den Finanzminister keine Schöpfung bezichtigt. Lediglich kann eine prodigierische Firma für den Weiterverkauf ihrer Ware durch eine andere nicht demotiviert gemacht werden. Allen Kommenden setze ich mit Ausgegessenheit entgegen.“

Engel-Schloß, 28. Mai. (Beisatzschlag in Schwanen.) In vereinigen Schwanen von Lüdingen beschloßen in ihrer jetzigen Versammlung 10-20% auf sämtliche vorräufige Schwanen zu gewahren.

Kaltenburg, 31. Mai. (Wahlvereinsammlungen.) Die letzte Lage brachten uns zahlreiche Wahlvereinsammlungen. Für die Reichssozialisten sprachen in Schwab den besetzten Versammlungen Minister Heymann und Frau Schrödin, für die D. D. F. G. H. Friedrich Bayer. In zwei Versammlungen entwickelte sich Reichsfinanzminister a. D. Erzberger sein Programm vor über hundert Sälen. Er fand stürmischen Beifall.

Kaltenburg, 31. Mai. (Kunstscheit statt Pulver.) Der Geschäftsbereich der Königsweiler A.G. bemerkt, daß die Vorarbeiten für die neu auszunehmenden Produktionszweige notwendig sind und für einzelne Artikel zum Abbruch gebracht werden können. Die Einrichtung mehrerer Fabriken für die Erzeugung von Sappanfarber und Kunstseide ist in Angriff genommen. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme dieser Anlage läßt sich jedoch bei der Unsicherheit der Verhältnisse nicht im voraus festlegen. Auch den ein Friedensartikel (Bergwerkspreistatist, Sportpulver, Sappanfarber) konnte wieder größeres Interesse zugewendet werden. Die Fortschritte haben zufriedenstellende Ergebnisse aufzuweisen.

Kaltenburg, 29. Mai. (Wahltroupe.) Die am Donnerstagabend im Konzerthaus von der Bürgerpartei abgetragene Wahlvereinsammlungen, in der Oberamtman Basilie sprechen sollte, wurde von linksradikaler Seite gesprengt. Der Redner mußte bald auf Wort verzichten und konnte nur noch geschickt die Summe seiner

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

293 (Nachdruck verboten.)

Als sie ein paar Sekunden später seiner ansichtig wurde, spiegelte sich der Widerwille, den sie gegen ihn empfand, so deutlich auf ihrem schönen, blassen Gesicht, daß er den Mund zu einer abfälligen, höhnlichen Grimasse verzog.

„Hallo, Edith!“ sagte er, seine Beine über den Weg streckend, so daß es ihr unmöglich gemacht wurde, an ihm vorüberzugehen. „Wir machen also einen kleinen Spaziergang — he?“

„Ja,“ erwiderte sie kurz und kühl. „Und da ich auf den Hügel will, hast du wohl die Freundlichkeit, mir den Weg freizugeben.“ In der Annahme, daß er ihrem Verlangen entsprechen würde, raste sie die Räder zusammen, um jede Berührung seines Körpers zu vermeiden, wie man es vermeidet, an etwas Ekelerregendes zu streifen. Aber der andere rührte sich nicht und starrte ihr mit richtiger Unerbittlichkeit ins Gesicht.

„Warum so eilig? Einstweilen bin ich mit mir noch nicht ganz im reinen darüber, ob ich es als Haupt der Familie verantworten kann, dich diesen Spaziergang folgen zu lassen.“

„Und warum nicht, wenn ich fragen darf?“

„Weil ich Ursache habe, zu vermuten, daß du im Begriff bist, etwas sehr Unüberlegtes zu tun — und etwas sehr Unkindliches und Pöbelhaftes obendrein. Denn du hast doch wohl die Absicht, dich mit dem Doktor Odemar zu treffen — jenem Halunken, der mehr als bloß verächtlich ist, deinem Vater ermordet zu haben.“

Er hatte bei den letzten Worten den Kopf zurückgeworfen, um sich nichts von der Wirkung entgegen zu lassen, die sie auf seine angebliche Stiefschwester herabzubringen mußten. Und er war furchtbar überrascht, als er gewahrte, daß sie sich nicht im mindesten hatte aus der Fassung bringen

lassen. Sie streifte ihn nur mit einem geringschätzigen Blick und sagte in wegwerfendem Tone:

„Wenn du den Wegelagerer gespielt hast, nur um mir wahnwitziges Zeug zu sagen, so entschuldigst du wohl, daß ich dir nicht länger zuhöre.“

Sie machte in der Tat Miene, umzukehren; aber er hielt sie zurück.

„Warte, bitte, noch einen Augenblick! Es wäre besser für dich, wenn du meinen Worten das Gewicht bellegen würdest, das sie verdienen. Denn du wirst bald genug die Gewissheit erhalten, daß es nichts weniger als unwichtig ist, was ich soeben sagte. Jedenfalls kann ich dir versichern, daß die Polizei sehr eifrig auf der Suche ist nach jemandem, dem dein Vater am Tage vor seinem Tode, oder am Todestage selbst, ausdrücklich verboten hat, sein Haus noch einmal zu betreten.“

„Und was hat das, wenn es wahr ist, mit Herrn Doktor Odemar zu tun?“

„Einfach das, daß jener Schreiber eben der Mann gewesen ist, dem das Verbot gegolten. Ich muß es wohl wissen, da ich selbst von meinem Vater mit dem Auftrag betraut worden war, ihm das Verbot zu übermitteln.“

Ediths Oberlippe zuckte abermals in tiefer Verachtung.

„Du kannst nicht erwarten, daß ich dir Glauben schenke, denn ich kenne dich nachgerade zur Genüge, um zu wissen, daß du, wenn dir eine solche Waffe gegen ihn zur Verfügung stände, nicht einen Augenblick gezögert haben würdest, den Mann zu verdrängen, der aus irgendwelchen mir unbekanntem Gründen den Vorzug hat, vor dir tödlich gehaßt zu werden. Du würdest mit deiner Information in demselben Moment zur Polizei gelaufen sein, wo du erfuhrst, daß man jenen Mann suchte.“

„Gewiß,“ kam die rasche Erwiderung, „du beurteilst mich vollkommen richtig. Ich würde das, was du mir zutraust, ohne allen Zweifel sofort getan haben, wenn es sich hier um diesen Odemar allein handelte. Denn ich leugne gar nicht, daß ich ihn mit dem größten Vergnügen

ins Gefängnis wandern sähe. Aber ich hatte nicht nur an mich und an meine kindlichen Pflichten zu denken, sondern auch an dich. Wie würdest du dastehen, mein stolze, hochheilige, unantastbare Edith, wenn die Welt erfahren müßte, daß dein Vater von demselben Mörder ermordet worden ist, den du ermutigt hastest, sich den anfechtlichsten und vernehmlichsten Hoffnungen hinzugeben? — Ich verlange durchaus nicht, daß du mir ohne weiteres Glauben schenkst; denn ich weiß ja, welche ungeduldigsten Vorurteile du gegen mich hegst. Beh treu zu deinen Stelldehner mit dem ehrenwerten Herrn und soage ich, ob es wahr ist, daß er heute vor acht Tagen, am Nachmittag des Fettes, von unserem Grund und Boden vertrieben wurde, mit dem ausdrücklichen Verbot, ihn je wieder zu betreten. Ich bin begierig, ob er die Stirn haben wird, es zu leugnen.“

Damit stand er auf, um den Weg freizugeben, und deutete mit einer pathetischen Gebärde zu der Höhe des Hügels hinauf, wo er den Doktor Odemar vermuten mußte.

„Wohl, ich werde dich beim Wort nehmen und werde die Wahrheit oder Unwahrheit deiner Behauptung durch Doktor Odemars Zeugnis feststellen,“ erklärte die Komtesse kalt. „Aber das eine laß dir schon jetzt gesagt sein: mir auch immer keine Antwort auf meine Frage lauten mag, sie wird mein festestes Vertrauen zu ihm nicht erschüttern können. Weil es so ist, und weil nichts, was du gegen ihn vorbringen magst, irgendwelchen Eindruck auf mich machen könnte, darum hoffe ich, daß du dir jedes überflüssige Wort über diesen Gegenstand erparst, solange meine Mutter und ich noch gezwungen sind, auf Schloss Donnersberg zu verweilen.“

Damit schritt sie hoch aufgerichtet an ihm vorüber, den schmalen Hügelweg hinauf. Er sah ihre nach, solange er den Bewegungen ihrer schlanken Gestalt zu folgen mochte. Die Wirkung, die sie mit ihrer letzten Erklärung bewirkt hatte, war jedenfalls ausgeblieben, denn auf seinem Gesicht lag noch immer ein häßlicher, fast triumphierender Zug.

(Fortsetzung folgt.)

vertriehen Aus-
flucht, jetzt
wollen haben!
1917, 31.
Landschaften
abgeordnet zu
den der Lebens-
form, mit dem
Zufriedenheit
keit wird aus-
kommen, rund
verheißung ausge-
Bevölkerung 2
häuser und fünf
Ausgabe wird
fens Mitte
Durch die
Kasse des
ausfallen wird
lichen Beistand
Hemmnisse
ds. In, zu Ende
her monatlich
stellen, doch
Aufführung als
unter auszu-
Brot reichlich
guten G-Portu-
endgültige Urteil

Ellingen,
nach am Freitag
Jennern Spire
Der Arbeiter
Schaden erlitten
Obernöhen
der in gestrige
monatlich 20
Es er hier de
Rathaus auf
weil die H
umwänden.
Hirschberg in
Hedelberg,
ich in Ludwig
Wahlmänner
verloren wurde
Sie hatte sich
nach in ein
Geschickliche
nicht immer zu
Sinsheim,
Gesamtheit
Gesamtheit
Ladenricht
ein Ende

Manheim
Jah der Leben
Monats im Be
Bierbille mit
Erwerbslosen
im Januar
Schwege,
Kreises wurde
Inmitten große
fluteten die
Kommunisten
Wohler. Das
Breslau,
grade bei Herr
fatale Katastrophe
Lage der Bef
Die letzten
der Lage der
Kundigungen
ganges sind an
Schließung eine
Lage gewor
die chemischen
da sie schon
die Lager über
in den Schul
verdrängen war
Ausgedehnt
tollend, folgt
ist des Brotes
Freien des H
für Wärling
Woh-Beitrag
hat. Es ist ni
nach Deutschl
schwindenden
reichen. Trotz
höheren Ruchen
Auslandsmacht
daß sie die
großer Teil der
aus den Borr
würde in sich
Brot so schlech
Englisches
die Wof. Jü
hoffe für die
Reichswirtschaft
aus England
haben hatte
Wirtschaftliche
angeboten. Die
Höhen Strona
Das englische
noch 18 Mark
gewinn der engl

Zweibrücken
der Beschwerde
einen Schieds-
leben hatte, d
Engler mit

Sinsheim,
Gesamtheit
Gesamtheit
Ladenricht
ein Ende

Manheim
Jah der Leben
Monats im Be
Bierbille mit
Erwerbslosen
im Januar

Sinsheim,
Gesamtheit
Gesamtheit
Ladenricht
ein Ende

Manheim
Jah der Leben
Monats im Be
Bierbille mit
Erwerbslosen
im Januar

Sinsheim,
Gesamtheit
Gesamtheit
Ladenricht
ein Ende

Zweibrücken
der Beschwerde
einen Schieds-
leben hatte, d
Engler mit



Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betreffend die Aufnahme von Zöglingen in die Ackerbauhöfen.

Am 1. Oktober d. J. wird eine Anzahl von Zöglingen in die Ackerbauhöfen zu Hohenheim, Kirchberg, Ellwangen, und Ochsenhausen aufgenommen. Es werden daher diejenigen Jünglinge, welche in die eine oder andere Ackerbauhöfen eintreten wünschen, aufgefordert, sich spätestens bis zum 15. Juni d. J. bei dem betreffenden Schulorchester zu melden. Die Aufzunehmenden sollen das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Aufzunehmenden müssen vollkommen gesund, für anhaltende Feldarbeiten körperlich erstarft und mit den gewöhnlichen landw. Arbeiten bekannt sein, die Kenntnisse eines guten Volksschülers und die Fähigkeit besitzen, einen einfachen Vortrag über Landwirtschaft und deren Hilfswissenschaften aufzufassen. Kost, Wohnung und Unterricht erhalten die Zöglinge für die von ihnen zu leistenden Arbeiten, woneben sie nach Maßgabe ihrer Leistungen und ihres Verhaltens je am Schluß des Schuljahres nach mit besonderen Geldbeiträgen bedacht werden können. Etwaigen Bedürftigen kann außerdem eine Unterstützung in Aussicht gestellt werden.

Mit dem Eintritt in die Schule ist die Verpflichtung zu übernehmen, den vorgeschriebenen zweijährigen Lehrgang durchzumachen.

Den Eingaben, in welchen die bisherige Laufbahn des Bewerbers darzulegen ist, müssen ein Geburtschein, Impfschein, ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers, das sich auch über etwaige frühere, der Aufnahme hinderliche Erkrankungen des Bewerbers zu äußern hätte, ein Staatsangehörigkeitsausweis, ein Zeugnis des Gemeinderats über den Leumund desselben, über den Stand und den etwaigen Grundbesitz des Vaters und das dem Bewerber etwa von seinen Eltern anfallende Vermögen, sowie eine schriftliche Einwilligung des Vaters, bzw. Vormunds, zum Besuche der Ackerbauhöfen beilegen.

Die Bewerber, welche nicht durch besonderen Erlaß zurückgewiesen werden, haben sich am Montag, 12. Juli d. J., morgens 7 Uhr, zur Erteilung einer Vorprüfung in Hohenheim einzufinden.

Stuttgart, den 5. Mai 1920. Sting.

Oberamt Neuenbürg.

Höchstpreise für Wurst.

I. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes sind mit Zustimmung der Fleischverorgungsstelle folgende Höchstpreise für Wurst bei der Abgabe an die Verbraucher festgesetzt worden:

- 1) für Blutwurst (Blut abgebunden) für 0,5 kg 1. A 35 S.
- 2) für 0,5 kg Schnittwurst
 - a) Leberwurst 2. A 40 S.
 - b) Schwarzwurst (Pfehwurst) 2. A 60 S.
 - c) Schwarzwurst weiß (Pfehwurst) 2. A 60 S.
 - d) Schinkenwurst angeraucht 4. A 20 S.
 - e) Schinkenwurst hartgeraucht 5. A 60 S.

II. Die festgesetzten Preise gelten für gute aus Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, Blut und Innereien dieser Tiere ohne Ueberschreitung des üblichen Wassergehalts hergestellte Wurst.

Zusätze von Fleisch, Blut oder Innereien anderer Tiere sind verboten.

III. Andere Wurstwaren als die in Ziff. I genannten dürfen nicht hergestellt und nicht feilgeboten werden.

Die Herstellung von Wurst aus Fleisch, Blut und Innereien anderer Tiere (Pferdewurst, Kaninchenwurst), wird hiedurch nicht berührt, doch darf solche Wurst nicht in den gleichen Räumen wie Wurst aus Rind-, Kalb- und Schweinefleisch hergestellt werden. Auch ist beim Verkauf solcher Wurst deutlich anzugeben, aus welchen Fleischarten sie hergestellt werden.

IV. Die Ueberschreitung der vorstehenden Höchstpreise ist strafbar.

V. Die festgesetzten Höchstpreise sind in den Fleischverkaufsstellen an einer für die Käufer leicht sichtbaren Weise anzuschlagen.

Die Ortspolizeibehörden haben die Einhaltung dieser Vorschrift zu überwachen.

VI. Gegenwärtige Verfügung tritt mit der öffentl. Bekanntmachung in Kraft.

Den 28. Mai 1920. Milling, A.B.

Oberamt Neuenbürg.

Höchstpreise für Rindfleisch.

I. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes wird mit Zustimmung der Fleischverorgungsstelle für den Verkauf von Rind-, (Ochsen-, Kuh-) Fleisch mit eingewachsenen Knochen an die Verbraucher ein

Höchstpreis von 4 Mk. 20 Pf. für das Pfund festgesetzt.

II. Soweit sich bei der Abgabe kleinerer Mengen Bruchteile ergeben, dürfen dieselben aufgerundet werden.

III. Die Ueberschreitung dieses Höchstpreises ist strafbar. IV. Gegenwärtige Höchstpreisfestsetzung, die mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft tritt, ist in den Fleischverkaufsstellen an einer für die Käufer leicht sichtbaren Weise anzuschlagen.

Den 28. Mai 1920. Milling, A.B.

Herrnalt.

Freiwillige Versteigerung.

Bringe am Donnerstag, 3. Juni in Herrnalt von mittags 1 Uhr ab, ein kompl. guterhalt. Zimmermanns-Werkzeug zur öffentlichen Versteigerung.

August Mangler.

Oberamt Neuenbürg.

Am nächsten Donnerstag, den 3. ds. Mis., wird die

Brennholz-Berlosung

fortgesetzt. Berücksichtigt werden die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Rest B-D vormittags 8 Uhr, E-G um 8 1/2 Uhr, H um 9 Uhr, soweit ein Familienangehöriges erscheint, auch die Zahlung für frühere Lieferungen in Ordnung ist. Es wird erwartet, daß Haushaltungen, welche sich mit Holz oder anderem Brennstoff sonst versorgen können, die Versorgung durch die Stadt nicht in Anspruch nehmen.

Stadtschultheißenamt Knodel, Neuenbürg.

Schleifer

od. jüngerer

Hilfsarbeiter

zum Anlernen gesucht.

Fr. Waldbauer, Neuenbürg.

Für Gartenarbeit, täglich 2 Stunden, wird

Frau oder Mädchen

gesucht.

Hauptm. Wendtberger, Neuenbürg.

Ein tüchtiges, fleißig. Mädchen für Küche und Haushaltung wird auf sofort oder später gesucht. Näheres bei

Frau S. Ruf, Pforzheim, Weiherstr. 8, Bb.

Verkaufe!

Neuen starken

Robrstock,

(Mittl. Größe), sowie 1 silberne

Taschenuhr,

ausgehend, 10 Steine, gegen

Hochstgebot. Angebote unter

A. G. an die Enztalergeschäftsstelle.

6. Wohlmuß & Co. Neuenbürg, Kreuzlingerstraße 47 a

Wohlmuß's

Neilapparate

haben sie sich

1000 den

die Heilung und Beseitigung von

Stich-, Gift-, Rheumatismus-, Pflanz-,

Wunden-, Krampfen- und

Rückenkrankheiten gebräuchl. Verlangen die

sofortigen Besichtigung bei

unserem Allein-Vertreter:

Herrn G. Müller, Neuenbürg.

Bringe mein äußerst leistungsfähiges und weit-

bin bekanntes

Photogr. Atelier

in empfehlende Erinnerung. Atelier Sonn und

Werkhaus geöffnet. Komme auf Wunsch auswärts.

Berggrößen nach jedem Bilde.

Fritz Wolff, vorm. Max Wolff,

Pforzheim, Schulberg 5, Tel. 1331.

Bei Haaransfall!

namentlich nach überstandenen

Krankheiten hat sich bestens

bewährt

Wundschhaarwasser!

Ueberraschender Erfolg! Das

viele Dankschreiben bestätigten

Preis M. 7.50, Porto und

Packung extra. Allein durch

Kollegapotheke Neudingen (Hohenzollern).

Gummiwaren

Puttersprizen, Brauentropf-,

sanitäre Frauenartikel.

Anfragen erbet. Verlanb. Hen-

inger, Dresden 5, 52, Am See 57.

H. M.

heute abend „Kdler“.

Baer & Elend, Bankgeschäft,

Karlsruhe i. B.

Eriedigung aller ins Bankfach

ihlagenden Geldfräfte.

Kollentiale Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Württ. Bürgerpartei.

Am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr findet im

Zuhersaal eine öffentliche Versammlung

statt.

Redner: Herr Oberpräzeptor Baitinger-Feuerbach.

Hiezu werden alle Wähler und Wählerinnen freundlich

eingeladen.

Ortsverein Neuenbürg.

Gemeinde Waldrennach.



Stammholz- und Stangen-Berlauf.

Die Gemeinde verkauft aus ihren Gemeindeforsten im Submissionswege und zwar:

- Langholz:**
- 14 St. I. Kl. 43,02 Fm., 61 St. II. Kl. 101,99 Fm., 173 St. III. Kl. 149,73 Fm.,
 - 176 St. IV. Kl. 87,08 Fm., 42 St. V. Kl. 14,87 Fm., 35 St. VI. Kl. 8,62 Fm.,
 - 5 St. Stäbholz I. Kl. 8,20 Fm., 6 St. Stäbholz II. Kl. 5,28 Fm., 6 St. III. Kl. 1,86 Fm.;
 - 1 St. III. Kl. 1,13 Fm.

- Stangen:**
- Banfstangen Ib. 10 St., II. Kl. 45 St., III. Kl. 35 St., Dapfstangen III. Kl. 19 St.;
 - Gopfenstangen II. Kl. 80 St., III. Kl. 70 St., IV. Kl. 30 St., V. Kl. 170 St.;
 - Rebstecken I. Kl. 845 St., II. Kl. 565 St., Bohnenst. 370 St.

Die schriftlichen Offerten, in Prozenten angebracht, müssen bis Samstag, den 5. Juni ds. Js., nachmittags 5 Uhr, mit der Aufschrift „Angebot auf Langholz und Stangen“ auf dem Rathaus eingereicht sein, wofür bis 1/6 Uhr die Eröffnung der Offerten stattfindet, wobei die Bieter anwohnen können. Auszüge usw. wollen bei Herr Wagner hier bestellt werden, welcher auch schriftl. Auskunft erteilt.

Den 31. Mai 1920. Schultheißenamt: J. A. Schel.

Kath. Kirchengemeinde Neuenbürg.

Familien-Zusammenkunft

mit gesanglichen und musikalischen Darbietungen am

Freitag, den 3. Juni

nachmittags 4 Uhr in der „Lanenburg“.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein.

Das kath. Stadtpfarramt.

Rotenbach, 31. Mai 1920.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schweren Verlust unserer lieben, unvergesslichen

Friedel,

für die zahlreichen Kränzchen, den erhabenden Gesang, sowie auch allen, die sie zu ihrer letzten Ruhe begleiteten, insbesondere aber ihren Altersgenossen sagen wir unsern innigsten Dank.

In tiefer Trauer:

Familie Wilhelm Bürkle.

Der Bauernstand

wurde bei den letzten Wahlen eingeleist und hierauf eineinhalb Jahr lang ruht.

Jetzt versucht man es wieder, so zu machen. Wehrt Euch und

wählt Bauernbund!

Washington

angeordnet, neue anzuordnen.

Reise, die, wie ichen Partei ein

gegengerech...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...

Washington...